

Nach den Anschlägen vom 11. 9. 2001 krächte die *Financial Times*, dass damit die antikapitalistische Bewegung endgültig erledigt sei. Zu früh gefreut, ihr Herren! Das Gegenteil ist geschehen. Eine neue Generation hat verstanden, dass die Politiker, die zu Hause die neoliberale Ökonomie predigen, dieselben Leute sind, die im Ausland Kriege führen, und zwar für dieselben Interessen. Wie könnte es auch anders sein?

Auch in Großbritannien ist eine knappe Mehrheit gegen den Krieg. Es ist das erste Mal seit der Suezkrise von 1956, dass es in Großbritannien in einer Kriegssituation mehr Tauben als Falken gibt. Damals sprachen sich die Labour Party und ihr Führer Hugh Gaitskell gegen die Invasion Ägyptens aus. Doch diesmal sieht sich die Antikriegsbewegung mit einem nahezu einmütigen Unterhaus konfrontiert.

Allerdings weist die britische Friedensbewegung eine schwache Flanke auf. Ein Krieg, der nicht zu rechtfertigen ist, wenn er allein von Bush und Blair geführt wird, wird für die Mehrheit völlig akzeptabel, wenn er von der „internationalen Gemeinschaft“, d. h. vom UN-Sicherheitsrat, sanktioniert wird.

Dies wirft einige Fragen über die heutige UNO auf. Wen repräsentiert sie? Spielt sie überhaupt noch eine Rolle? Haben ihre Resolutionen ein Gewicht, wenn sie von den USA missachtet werden, wie dies wiederholt bezüglich Palästina und Kaschmir der Fall war? Und spiegelt die Zusammensetzung des Sicherheitsrats die Realitäten der heutigen Welt wider? Da seit dem Zusammenbruch der UdSSR ein Gegengewicht fehlt, waren die USA weitgehend in der Lage, der Welt ihr ökonomisches, politisches und kulturelles Modell aufzuzwingen.

Internationale Organisationen wie die UNO und ihr unglücklicher Vorgänger, der Völkerbund, wurden geschaffen, um einen neuen Status quo zu verankern, zu dem es nach zwei blutigen Konflikten, den beiden Weltkriegen, gekommen war. Beide Organisationen wurden auf der

Feigenblatt für imperiale Abenteuer

Tariq Ali über die „Vereinten Nationen von Amerika“

Grundlage der Verteidigung des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung begründet. In beiden Fällen ächtete die jeweilige Gründungscharta Präventivschläge und die Versuche von Großmächten, Länder zu besetzen oder Regimewechsel herbeizuführen. Beide betonten, dass der Nationalstaat die Imperien ersetzt hätte. Der Völkerbund war nicht in der Lage, Mussolinis imperialen Ambitionen Widerstand zu leisten. Die Institution brach zusammen, nachdem die italienischen Faschisten Äthiopien besetzt hatten.

Die UNO wurde nach der Niederlage des Faschismus geschaffen. Ihre Struktur spiegeln die neue Ordnung wider. Ihre Charta verbietet ausdrücklich die Verletzung der nationalen Souveränität, außer im Fall der „Selbstverteidigung“. Jedoch war die UNO trotz der Existenz der UdSSR nicht in der Lage, den gerade unabhängig gewordenen Kongo gegen die Machenschaften der USA und Belgiens in den 60er Jahren zu verteidigen oder das Leben des kongolischen Führers Patrice Lumumba zu retten.

1950 nutzte der Sicherheitsrat einen vorübergehenden sowjetischen Boykott aus und genehmigte den Krieg der USA in Korea. Unter dem UN-Banner zerstörten die westlichen Armeen bewusst Staudämme, Kraftwerke und die Infrastruktur des sozialen Lebens in Nordkorea – ein klarer Bruch des Völkerrechts. Die UNO war auch nicht in der Lage, den Krieg in Vietnam zu stoppen. Ihre Untätigkeit gegenüber der Besetzung Palästinas ist seit über zwei Jahrzehnten notorisch.

Diese meisterhafte Untätigkeit beschränkte sich nicht auf die westlichen Verbrechen. Die UNO war machtlos gegenüber der sowjetischen Invasion in Ungarn (1956) und dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei (1968). Mit anderen Worten, beide Großmächte ließen einander gewähren – unter klarem Bruch der UN-Charta.

Aber damals gab es eine. In der unipolaren Welt von heute, mit den USA als dem dominierenden militärisch-imperialen Staat, ist der Sicherheitsrat ein Schauplatz für den Handel – nicht mit Beleidigungen, sondern mit den Anteilen der Beute geworden. Der von den Faschisten am meisten gefürchtete italienische Theoretiker des vergangenen Jahrhunderts prophezeite diese Wende der Ereignisse mit erstaunlicher Voraussicht. „Die ‚normale‘ Ausübung der Hegemonie...“, schrieb Antonio Gramsci, „zeichnet sich durch die Kombination von Zwang und Konsens aus, die sich in verschiedener Weise die Waage halten, ohne dass der Zwang zu sehr gegenüber dem Konsens überwiegt...“ Es gab, so Gramsci, Anlässe, bei denen es angemessener war, zu einer dritten Variante der Hegemonie überzugehen, denn „[z]wischen Konsens und Zwang steht Korruption-Betrug ... also die Zermürbung und Lähmung, die dem Antagonisten ... zugefügt wird“.

Hier haben wir eine exakte Beschreibung des Prozesses, der verfolgt wurde, um französische und russische Unterstützung in der UNO für die Resolution 1441 zu kaufen, verdeutlicht durch eine bemerkenswerte direkte Titelschlagzeile der *Financial Times* (4. 10. 2002): „Putin feilscht heftig mit USA über Iraks Öl: Moskau verlangt hohen Handelspreis für seine Unterstützung“.

Die europäischen Verbündeten scharren bei exzessivem „Unilateralismus“ der USA mit den Füßen – im Wesentlichen sind dies verwirrende Fehlschläge der Konsultation, die als Deckmantel der europäischen Unterordnung dienen. China und Russland feilschen kümmerlich um Gegenleistung für ihre Gunst im Sicherheitsrat. Doch auch ohne diese wird zur Tat geschritten.

Die UNO bietet den Schwachen keine Zuflucht vor den Soldaten von *Infinite Justice* und *Enduring Freedom*. Es gibt 189 Mitgliedstaaten der UNO. Und es gibt, laut der Statistik des US-Verteidigungsministeriums, eine US-Militärpräsenz in 120 Staaten. Die Vereinten Nationen von Amerika?

Die UNO hat in der Vergangenheit Organisationen wie die UNESCO oder die WHO geschaffen, von denen die Welt profitiert hat. Aber in der Zeit der neoliberalen *governance* ist das Ethos des Zerstörung der Herr im Haus und nicht wohlmeinende soziale Organisationen.

In den vergangenen beiden Jahrzehnten hat sich die Welt dermaßen verändert, dass die UNO ein Anachronismus geworden ist, ein permanentes Feigenblatt für neue imperiale Abenteuer.

Der letzte mit nur einer Gegenstimme (seitens der USA) gewählte UN-Generalsekretär wurde abgesetzt, nachdem er darauf bestanden hatte, dass der Völkermord in Rwanda eine Intervention erforderte (die US-Interessen verlangten dagegen eine Präsenz auf dem Balkan). Die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright verlangte und erreichte die Entfernung des Mannes, der es gewagt hatte, ihrem imperialen Willen Paroli zu bieten – Boutros Boutros-Ghali. Er wurde durch den gegenwärtigen Amtsinhaber, Kofi Annan, ersetzt, ein schwacher und pathetischer Pöstcheninhaber, dessen scheinheilige Reden vielleicht bisweilen die britische Öffentlichkeit täuschen können, aber nicht ihn selbst. Er weiß, wer das Sagen hat.

Der Völkerbund brach nach den „Präventivschlägen“ Hitlers und Mussolinis zusammen. Hitler behauptete, dass seine Invasionen durch Drohgebärden von Nationen wie der Tschechoslowakei, Polen und Norwegen provoziert worden seien. Mussolini verteidigte seinen Einmarsch in Albanien mit der Behauptung, dass dadurch das „korrupte“, feudale und repressive Regime von König Zogu beseitigt würde, und Wochenschauen zeigten dankbare Albaner, die die einmarschierenden italienischen Truppen begeistert begrüßten.

Die Akteure haben gewechselt, aber das Drehbuch ist dasselbe geblieben. Und wenn der Sicherheitsrat für die Invasion und Besetzung des Irak grünes Licht gibt (was er zwangsläufig muss), dann wird auch die UNO einen längst überfälligen Tod sterben.

In der Zwischenzeit muss die Antikriegsbewegung geduldig erklären, warum ein Krieg mit dem Segen der UNO ebenso unmoralisch und ungerecht ist wie ein Krieg, der im Pentagon ausgeheckt wird. Denn es wird derselbe Krieg sein, ob nun ein paar von Chiracs Söldnern daran teilnehmen oder nicht.

Tariq Ali

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97
redaktion@soz-plus.de · www.soz-plus.de

Ich bestelle eine

- kostenlose Probeausgabe
 Probeabo (4 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein
(keine automatische Verlängerung)

Name _____ Anschrift _____

Ausschneiden und einsenden an: SoZ, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln

Was will die SoZ?

Die *Sozialistische Zeitung* (SoZ) setzt sich zum Ziel, publizistisch dazu beizutragen, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist.

Sie versteht sich deshalb als Teil der emanzipatorischen Bewegungen, deren Ziel die Befreiung der Menschen von Unterdrückung, Ausbeutung, Entfremdung und Gewalt ist.

Der Kampf für umfassende Emanzipation kann nur erfolgreich sein, wenn die unterdrückten und entfremdeten Menschen sich für ihre eigenen Interessen und gegen Unterdrückung und Erniedrigung selbst engagieren. Deshalb verteidigt die SoZ demokratische Ansprüche individueller wie kollektiver Art und bekämpft alle Formen ausgrenzender Diskriminierung (Chauvinismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus usw.) in der bürgerlichen

Gesellschaft wie auch innerhalb linker Organisationsformen.

Der Kampf für umfassende Emanzipation in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird nicht zuletzt entlang des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital geführt. Deshalb versteht sich die SoZ als grundsätzliche Gegnerin der weltweit vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaft und ergreift Partei für die gegen Profitstreben und Konkurrenzkampf streitenden abhängig Beschäftigten.

Es gibt Widersprüche, die nicht auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital zu reduzieren sind – die Geschlechterfrage und die Ökologiefrage bspw. oder die Missachtung demokratischer Rechte von besonders unterdrückten und benachteiligten Bevölkerungsteilen. Deren praktische und theoretische Bearbeitung erfordert eigenständige Mittel. Ihre besondere Ausformulierung erfahren diese Widersprüche durch die bürgerliche Gesell-

schaft und den sie zentral durchziehenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es bedarf deswegen einer neuen, sich nicht selbst herstellenden Einheit in der Vielfalt, eines neuen Bündnisses von demokratischen und sozialistischen Kämpfen.

Der Kampf um umfassende Emanzipation ein internationaler ist und letzten Endes auch nur dann erfolgreich sein kann, wenn er als internationalistischer weltweit geführt wird, versteht die SoZ die Förderung internationaler Solidarität und internationaler Zusammenarbeit als eine besondere Aufgabe der Zeitung.

Notwendig ist eine sozialistische Gesellschaft. Ihre ökonomische Grundlage kann nur sein: eine demokratisch geplante, selbstverwaltete Wirtschaft, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – anstatt am Profit der Unternehmer und Banker oder den Privilegien der Bürokraten. Ihre politische Grundlage kann nur sein: Die Verwirkli-

chung der breitesten Demokratie, die Selbstbestimmung der Produzenten und die Selbstorganisation all derer, die einer besonderen Form der Unterdrückung unterliegen. Ziel muss also eine Gesellschaft sein, die im Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft und zu den ehemaligen bürokratischen Regimen (in der Ex-DDR, der Ex-UdSSR, in China usw.) steht. Sozialistische Demokratie kann sich nur da entwickeln, wo individuelle Rechte garantiert und erweitert werden, wo sich politische, soziale und kulturelle Demokratie entwickeln kann, ohne auf Grenzen von Macht und Herrschaft zu stoßen.

Eine solche Gesellschaft von morgen wird in den Kämpfen von heute aufgebaut. Die SoZ als eine von Parteien unabhängige Zeitschrift tritt in diesen Kämpfen für die Einheit der sozialistischen Kräfte und für den Aufbau einer organisierten Gegenmacht ein, die uneingeschränkt für diese Ziele steht.

Auszug aus dem Redaktionsstatut der SoZ